

UNI INFO

Herausgeber: Presse- und Informationsstelle der Universität Oldenburg, Ammerländer Heerstraße 67-99, Postfach 2503, 2900 Oldenburg, Tel.: (0441) 798-213, Telex 25655 und d. Redaktion: Gerhard Harms (verantwortlich), Gisela Rodenberg, Verlag: Druck und Anzeigenverwaltung, Littmanndruck, Rosenstraße 42/43, 2900 Oldenburg, Tel.: (0441) 27051.

3/80
15. Februar

Mit Namen gezeichnete Artikel geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder. Nachdruck nur nach Rücksprache mit der Redaktion. (Der Gründungsausschuß, das Konzil und der Senat haben einstimmig beschlossen, daß die Universität den Namen Carl-von-Ossietzky-Universität führt. Der niedersächsische Minister für Wissenschaft und Kunst hat sich der Führung dieses Namens durch die Universität Oldenburg bisher widersetzt.)

Studenten in Aktion



Verpackungskünstler Christo diente den Studenten als Vorbild, als sie mit 3600 Quadratmetern Plastikfolie versuchten, das AVZ in ein Riesensack zu schnüren.

„Das Komische an der Situation ist, daß wir es als einen politischen Erfolg verbuchen können, wenn die Landesregierung zumindest einen Teil ihrer Versprechungen zum Minimalausbau der Universität einhalten will. Daß wiederum dafür der Druck der gesamten Region notwendig ist, macht die Sache nicht weniger grotesk.“ Mit diesen Worten kommentierte ein Wissenschaftler die Aussage von Minister Professor Eduard Pestel, der Studiengang Physik bleibe erhalten. Zum Bereich Jura möchte sich Pestel vor den etwa 500 Demonstranten, die sich nach der Eröffnung einer Kunstausstellung durch den Minister vor dem Augusteum eingefunden hatten, nicht verbindlich äußern. Die Forderung nach diesem Studiengang bekräftigten dafür mehr oder weniger heftig die Vertreter der Ratsparteien. Die Studenten machten ihrem Ärger durch originelle Aktionen Luft, indem sie dem Minister einen Grundstein überreichten und einen Tag später als Christo das AVZ zu verpacken versuchten - mit der Bemerkung: „Wegen unvollständiger Lieferung zurück.“ gh



Ordentliche Studenten: Porto und Kurzvermerk für den Minister



Einen Grundstein überreichten Studenten dem Minister. Aufschrift: „Auf diesen Stein können Sie bauen“



Musikalischer Gruß an den Ministerpräsidenten: „Wir wollen keine Keksfabrik...“
Fotos: Baumann, Koopmann, Raether

Organisationsstruktur

Denkbar knappe Entscheidung gegen Institute

Senat für Fachkommissionsmodell

Der Senat hat sich mit denkbar knapper Mehrheit gegen Wissenschaftliche Einrichtungen nach Paragraph 101 des Niedersächsischen Hochschulgesetzes (NHG) ausgesprochen. Bei sechs Für- und fünf Gegenstimmen beschloß er ein Fachkommissionsmodell „welcher Art auch immer“ unterhalb der Fachbereichsebene.

Damit traf das Gremium eine Grundsatzentscheidung, ohne damit schon die künftige Organisationsstruktur der Universität endgültig festgelegt zu haben. Allerdings ist hier eine Weiche gestellt. Offensichtlich will der Senat vor allen Dingen deshalb Institute vermeiden, weil sie keine Mitsprachrechte für Studenten, Dienstleister und wissenschaftliche Mitarbeiter einräumen. Die Befürworter sehen in den Instituten die Möglichkeit, durch die kleineren Einheiten insbesondere für die Wissenschaftler ein höheres Maß an Verbindlichkeit und Verantwortung gegenüber der Institution zu schaffen.

In einem weiteren Beschluß forderte

der Senat die Fachbereichsräte auf, das Fachkommissionsmodell für ihren Bereich anzuwenden und gleichzeitig die Teilung der Fachbereiche erneut zu behandeln. Außerdem sollen bis zum 5. März Vorschläge für die Zuordnung des gegenwärtigen Personals der Fachbereiche zu den Fächern vorgelegt werden. An das ebenfalls besonders heiß diskutierte Thema über die Zukunft der „Zentralen Einrichtungen“ - insbesondere ist hier die „Zentrale Einrichtung technisch-wissenschaftlicher Anlagen“ (ZETWA) gemeint - will sich der Senat am 20. Februar wagen. Bis dahin sollen Vorschläge der Fachbereiche vorliegen.

gh

Namensgebung:

Lerche vertritt Ministerium

Der Niedersächsische Wissenschaftsminister hat für den Prozeß um die Namensgebung der Universität Oldenburg nach Carl von Ossietzky den Münchener Staats- und Verwaltungswissenschaftler Professor Dr. Peter Lerche mit der Vertretung seiner Interessen beauftragt. Der Prozeß wird am 21. Februar um 10.15 Uhr vor dem Verwaltungsgericht Oldenburg beginnen. Formal geht es in dem Prozeß, wie bereits berichtet, um die Frage, ob sich die Universität selbst einen Namen geben kann oder ob es darüber einer Einigung mit dem Wissenschaftsministerium bedarf.

Rückmeldung SS 1980

Das Immatrikulationsamt erinnert noch einmal alle Studenten daran, daß die Rückmeldefrist am 15. Febr. 1980 abgelaufen ist. Studenten, deren Adresse sich geändert hat, werden dringend aufgefordert, sich umgehend beim Immatrikulationsamt zu melden, da sie andernfalls die Rückmeldeunterlagen nicht erhalten können.

Studenten sprachen sich für die Beteiligung an Stupa-Wahlen aus

Urabstimmung mit klarem Votum, aber geringer Beteiligung

Die wegen Mangel an Kandidaten in diesem Semester ausgefallene Wahl zum Studentenparlament wird nun endgültig Anfang Mai stattfinden, nachdem sich die Studenten in einer Urabstimmung für eine Beteiligung trotz der oktroyierten Satzung ausgesprochen haben. 70,7 Prozent stimmten dafür, 23,8 dagegen, 5,4 der an der Wahl Beteiligten enthielten sich. Groß war das Interesse an der Urabstimmung allerdings nicht: Lediglich 21,6 Prozent der Studenten beteiligten sich.

Die Urabstimmung hatte die Vollversammlung der Studenten erzwungen, die den Oktroi der Satzung durch den Präsidenten nicht hatte hinnehmen wollen. Gegen die Stimmen des Sozialistischen Hochschulbundes (SHB) hatten sich der Marxistische Studentenbund (MSB) Spartakus und die Basisgruppe zunächst für einen Wahlboykott ausgesprochen.

Der MSB änderte später seine Position, nachdem klar geworden war, daß ein Wahlboykott durch die linken Gruppierungen letztlich nur den Konkurrenzgruppen nützen würde.

Die Basisgruppe blieb dagegen bei ihrer Position. Sie setzte dann auch durch, daß der vom Studentenparlament verabschiedete Urabstimmungstext geändert wurde. Der war nämlich so gefaßt, daß die Studenten, die für das politische Mandat waren, auch für die Wahlbeteiligung stimmen mußten. Diese inhaltliche Verquickung wurde aufgehoben und ein

extra Passus für die Wahrnehmung des allgemeinen politischen Mandats durch den AstA zur Abstimmung gestellt. 94,1 Prozent sprachen sich dafür aus, nur 2,7 Prozent waren dagegen. gh

Kleine Anfrage wegen Studiengang

Die Einrichtung des geplanten Magisterstudienganges „Sprach- und Kulturarbeit mit Ausländern“ an der Universität Oldenburg ist Gegenstand einer Kleinen Anfrage des Oldenburger SPD-Abgeordneten Horst Milde geworden. Milde möchte wissen, ob die Landesregierung einen entsprechenden Antrag der Universität positiv entscheidet. In der Anfrage wird die Regierung außerdem gebeten, den schon in Oldenburg bestehenden Schwerpunkt „Deutsch als Fremdsprache“ zu bewerten. Ferner soll sie Auskunft geben, warum sie auf die Voranfrage der Hochschule vom Dezember 78 zur Einrichtung eines Lehramtsstudienganges „Germanistik mit dem Schwerpunkt Deutsch als Fremdsprache“ nicht reagiert und diese Initiative als Modellversuch aufgegriffen hat. (Siehe auch Bericht zu diesem Thema auf Seite 2).

Sanktionen abgeschafft

Der Bundestag hat am 13. Februar erstmals das Hochschulrahmengesetz von 1976 geändert und einmütig eine Streichung der Sanktionen bei Überschreiten der Regelstudienzeiten, darunter die Zwangsexmatrikulation, beschlossen, die vor allem von den Studenten heftig attackiert worden waren. Die Zustimmung der Bundesratsmehrheit gilt als sicher, da die Änderungsinitiative von der Landesregierung selbst eingebracht worden war. Praktische Auswirkungen wird diese Streichung allerdings erst dann haben, wenn die Sanktionen auch aus den Landeshochschulgesetzen verbannt worden sind. Sprecher aller drei Fraktionen lobten die einvernehmliche Regelung und deuteten an, daß es in der nächsten Legislaturperiode um eine Bilanz der bisherigen Reformarbeit und weitreichende Änderung des HRG gehen müsse.

Senat befürwortet:

Neue Studiengänge „Deutsch als Fremdsprache“ und „Romanistik“

Die Einrichtung eines Aufbaustudienganges „Deutsch als Fremdsprache“ und eines Lehramtsstudienganges „Romanistik für das Lehramt Sekundarstufe II“ befürwortet der Senat in seiner Sitzung am 23. Januar 1980 auf Antrag des Fachbereiches II und der Zentralen Studienkommission (ZSK).

Der Aufbaustudiengang „Deutsch als Fremdsprache“ soll drei Semester umfassen und von Absolventen mit dem ersten oder zweiten Staatsexamen im Fach Deutsch oder einer Fremdsprache für Grund-, Haupt- oder Berufsschulen wahrgenommen werden können.

In seinem Antrag weist der Fachbereichsrat darauf hin, daß allein an den allgemeinbildenden Schulen Niedersachsens (ohne Gymnasien) 27.500 ausländische Kinder unterrichtet werden, wobei zu erwarten

sei, daß diese Zahlen besonders im Grundschulbereich weiter steigen werden. Andererseits sei die Zahl hinreichend qualifizierter Pädagogen für diese Arbeit viel zu gering, so daß auch das Kultusministerium sich des Problems angenommen habe.

Oldenburg sei, heißt es weiter in dem Antrag, ein hervorragender Standort, denn an der Universität werde schon seit dem Wintersemester 1975/76 ein spezielles Angebot offeriert. Weiterhin verfüge die Universität über einen Einzugsbereich, der einen direkten Praxisbezug ermögliche. Ferner sei eine fachliche Verbindung zu dem beantragten Magisterstudiengang „Sprach- und Kulturarbeit mit Ausländern“ förderlich. Ergänzungstudiengänge sollen nach Auffassung der Antragsteller den „Erwerb spezifischer sprachlicher sowie landes- und kulturkundlicher und sozio-

struktureller Kenntnisse“ vermitteln. Eine Koordination mit Wirtschafts-, Sozial- und Naturwissenschaftlern wird angestrebt. Auch wird eine größere fachliche Breite angestrebt: außer Französisch und Spanisch eventuell auch Portugiesisch und Italienisch sowie gegebenenfalls Rumänisch.

Die Grundstruktur des Lehramtsstudienganges Romanistik soll „baldmöglichst“ in Gesprächen mit dem Wissenschaftsministerium und dem Kultusministerium geklärt werden. Ebenso sollen darauf bezogene Aufbaustudiengänge, die nicht lehramtsbezogen sind, erörtert werden. Der Senat sieht in dem Antrag einen „qualitativen Aspekt der Erweiterung des vorhandenen Fächerspektrums“. Auch stützt er sich auf den aktuellen Bedarf an Französischlehrern.

Mittelbau denkt an Kampfmaßnahmen

Über Kampfmaßnahmen wird zur Zeit in der Konferenz wissenschaftlicher Mitarbeiter (KWM) diskutiert. Grund: Lediglich 28 der über 50 Anträge auf Prüfungsberechtigung von Assistenten und wissenschaftlichen Angestellten im Lehramtsbereich wurden vom Wissenschaftsminister positiv entschieden - und das, obwohl gerade jetzt die Zahl der Prüfungen stark ansteigt. Nur in den Fächern Deutsch, Sport und Arbeitslehre wurden alle Anträge der Wissenschaftler ohne Professoranteil genehmigt. In den Sozial- und Naturwissenschaften sowie im Fach Kunst darf außer den Akademi-

schen Räten, die grundsätzlich prüfungsberechtigt sind, niemand Examen aus dem Mittelbau abnehmen. In anderen Fächern wurden die Anträge vereinzelt positiv entschieden. Der Konflikt um die Prüfungsberechtigung dauert seit mehr als eineinhalb Jahren an. Neben der KWM haben sich auch der Senat und die Fachbereiche massiv für die Anliegen der Assistenten eingesetzt. Die Hochschullehrer taten dies dabei in ihrem eigenen Interesse. Denn sie werden im erheblichen Maße mehr belastet, wenn der Mittelbau nicht prüfen darf.

gh

Statistik WS 79/80

Immer mehr Studenten streben ein Diplom an

An der Universität Oldenburg studierten im WS 79/80 4.905 Studenten - 2.650 Männer und 2.255 Frauen. Der überwiegende Teil ist in den Lehramtsstudiengängen eingeschrieben, das sind in diesem WS 60% aller Studenten. Mit dem Abschlusziel „Diplom“ sind 1778 Studenten immatrikuliert.

Ein Vergleich mit dem WS 78/79 zeigt, daß der Anteil der Diplomstudenten überproportional gestiegen ist. Während insgesamt gegenüber dem WS 78/79, in dem 4.537 Studenten immatrikuliert waren, der Zuwachs 8% beträgt, stieg die Zahl der Diplomstudenten im gleichen Zeitraum um 15%. Dies weist auf die wachsende Bedeutung der Diplomstudiengänge an der Universität hin. Der geringere Anstieg der Studentenzahlen in den Lehramtsstudiengängen ist aber auch ein Ausdruck der allgemein sinkenden Studienanfängerzahlen in den Lehramtsstudiengängen und der Zulassungsbeschränkungen in einigen häufig gewählten Fächern.

Von den Studenten der ELAB haben sich 190 Studenten für den Abschluß Primarstufe, 823 mit dem Abschlußziel Lehramt in der Sekundarstufe I und 1.475 für das Lehramt in der Sekundarstufe II eingeschrieben. Der Studiengang Sonderpädagogik umfaßt 445 Studenten. Er ist der mit Abstand größte Studiengang. 150 Studenten promovieren zur Zeit überwiegend in den Fächern Chemie, Geographie, Pädagogik, Deutsch, Geschichte, Psychologie, Sozialwis-

senschaft und Wirtschaftswissenschaft.

Die Verteilung der Studenten nach Geschlecht ist für die Studenten in der ELAB einerseits und die Diplom- und Promotionsstudenten andererseits sehr unterschiedlich. In der Lehrerausbildung sind etwa gleich viel Männer und Frauen immatrikuliert, der Anteil der Studentinnen überwiegt mit 51% leicht. Bei den übrigen Abschlusarten dominiert dagegen der Anteil der männlichen Studenten - nur 39% dieser Studenten sind Frauen. Hier haben sich seit dem vor-

herigen WS keine wesentlichen Veränderungen ergeben.

Gegenüber dem WS 78/79 ist die Zahl der Studienanfänger etwa gleich geblieben. Daß sie nicht wesentlich höher liegt, ist sicher eine Folge der fortwährenden Infragestellung des Ausbaus der ELAB und der Entscheidung, die ELAB im Sekundarbereich 1980 auslaufen zu lassen. Die Ungewißheit über die Entwicklung der Studienbedingungen wird viele Studienanfänger davon abgehalten haben, sich um einen Studienplatz zu bewerben. Sabine Schmid

Philosophie-Lehramt vom Senat erneut beantragt

Der Niedersächsische Minister für Wissenschaft und Kunst hat den vom Senat der Universität Oldenburg beantragten Lehramtsstudiengang Philosophie für den Sekundarbereich II bislang nicht genehmigt. Der Minister bemerkte zu dem Antrag, daß der Bedarf an Philosophielehrern durch die bereits vorhandenen Studiengänge an anderen Universitäten abgedeckt wäre.

Der Senat hält dagegen, daß der Bedarf anders eingeschätzt werden muß, wenn man von den Verhältnissen an den örtlichen Schulen ausgeht. Das Schülerinteresse an Philosophiekursen ist größer als das Kursangebot, so daß man von den tatsächlich

durchgeführten Kursen nicht auf den Lehrbedarf schließen kann. Außerdem sollten die Lehramtsstudenten der Universität Oldenburg gegenüber Studierenden anderer Universitäten nicht benachteiligt bleiben und ebenfalls das gesamte Fächerspektrum wählen können.

Der Senat unterstreicht nachdrücklich, daß mit der Einrichtung des Studienganges Philosophie auch der Beitrag der Philosophie für das Grundlagenstudium in anderen Disziplinen breiter als bislang gewährleistet werden könnte. Dieser Beitrag wird von vielen Seiten ausdrücklich gewünscht.

Kurz notiert Kurz notiert

Am 29. Februar läuft die Bewerbungsfrist für das Amt des Präsidenten der Universität Oldenburg aus. Bisher liegen der Hochschule sechs Bewerbungen und mehrere Anfragen vor.

Altersforschung wird von der Stiftung Volkswagenwerk als Schwerpunkt bis Ende 1980 gefördert. Seit 1974 wurden in diesem Bereich 6,4 Millionen DM für 40 Forschungsprojekte, Symposien und Auslandsaufenthalte bewilligt. Anfragen sind zu richten an Stiftung Volkswagenwerk, Dr. Alfred Schmidt, Postfach 810509, 3000 Hannover 81.

Ein Persisch-Intensivkurs veranstaltet das Seminar für Orientalische Sprachen bei der Universität Bonn vom 1.4. bis 30.6.1980 (Grundstufe) und vom 15.7. bis 31.8.1980. Die Lehrmittel sind kostenlos. Unterkunft und Verpflegung müssen die Teilnehmer tragen. Anmeldebescheid ist am 31.3.1980 (Uni Bonn, Adenauerallee 102, 5300 Bonn)

Das Studium im Ausland ist bei einer konstanten Zahl von etwa 10.000 Studenten seit 1962 relativ rückläufig, denn in der Zwischenzeit hat sich die Zahl der Studenten insgesamt von 320.000 auf 904.000 (1977) erhöht. Die Kultusministerkonferenz hat inzwischen Vorschläge unterbreitet, die ein Auslandsstudium attraktiver machen sollen.

In der Zahnmedizin sind die Probleme der Ausbildung nicht durch eine Reduzierung der Studentenzahl lösbar. Diese Auffassung vertrat Björn Engholm, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Bildung und Wissenschaft, bei einem Besuch der Zahnklinik der Universität Köln. Eine Verbesserung der Situation verspricht sich Engholm unter anderem eher durch einen räumlichen und personellen Ausbau der Zahnkliniken.

Der Staatssekretär im Bundeswissenschaftsministerium Engholm forderte in der Universität Konstanz, daß sich

das weiterbildende Studium verstärkt auf die Erfordernisse der Arbeitswelt einstellen solle. Er verlangte deshalb eine engere Kooperation mit den Organisationen der Arbeitswelt und die „Öffnung der Hochschulen für Berufstätige ohne Abschluß“.

Der „Ausbau und die Öffnung der Hochschulen“ besitzen nach einer Erklärung des Wissenschaftsministers Pestel in Niedersachsen „eine hohe Priorität“. So sei es der Landesregierung gelungen, seit 1977 in 55 Studiengängen die Zulassungsbeschränkungen aufzuheben. In Betriebswirtschaft, Pädagogik, Rechtswissenschaft, Chemie, Elektrotechnik und Maschinenbau gebe es eine Studienplatzgarantie, wobei allerdings der Studienort nicht frei gewählt werden könne. Um weitere Engpässe abzubauen, sei ein „Stellenpool“ geschaffen worden. „Der einen schnellen und gezielten Abbau von personellen Engpässen möglich macht.“

Professor Dr. Werner Maihofer wurde zum neuen Präsidenten der Studienstiftung des Deutschen Volkes gewählt. Er tritt die Nachfolge von Professor Dr. Rudolf Sieverts, Hamburg, und des bisherigen Vorsitzenden des Vorstandes, Oberbürgermeister i.R. Professor Dr. Theodor Pfizer, an. Beide ehrenamtlichen Ämter wurden zusammengelegt. Die Stiftung vergibt 1980 etwa 25 Millionen DM Stipendien.

An der Universität Istanbul wird durch den Deutschen Akademischen Austauschdienst (DAAD) von Juli bis September 1980 ein dreimonatiger Sprachkurs angeboten. Fünf Stipendien stehen dafür zur Verfügung (DM 600 pro Monat und DM 400 Reisekostenzuschuß). Gute türkische Grundkenntnisse werden vorausgesetzt. Bewerbungen sind bis zum 10.3.1980 bei Helga Kochanowski (A 201) einzureichen.

Lehrauftrag für Kempowski zur literarischen Produktion

Der Schriftsteller Walter Kempowski wird voraussichtlich einen Lehrauftrag zu „Fragen literarischer Produktion besonders hinsichtlich literarischer Verarbeitung biographischer Erfahrungen“ an der Universität Oldenburg erhalten. Einen entsprechenden Beschluß faßte jetzt der Fachbereichsrat II und legte ihn als Antrag dem Wissenschaftsminister vor. In einem Schreiben des Dekans des Fachbereiches II, Professor Wilfried Stölting, an den Minister heißt es zur Begründung wörtlich: „Der Lehrauftrag soll seit Jahren bestehende Beziehungen zwischen Walter Kempowski und dem Fach Germanistik in eine erste institutionelle Form der Kooperation überführen. Diese Zusammenarbeit erstreckt sich ein-

mal auf den Bereich, den Schriftsteller und Literaturwissenschaft gemeinsam haben: Erfahrungen mit Literatur. Der Fachbereichsrat will (nach dem erfolgreichen Beispiel der Universitäten Essen und Frankfurt) seinen Studenten und Wissenschaftlern die besondere Chance einer praktischen und persönlichen Auseinandersetzung mit einem bedeutenden Gegenwartsschriftsteller eröffnen. In der Auseinandersetzung mit dem Werk Walter Kempowskis, seinem Verhältnis zu Tradition und Gesellschaft, aber auch mit Erscheinungen des literarischen Lebens, die abstrakt schwer vermittelbar sind, wie Probleme schriftstellerischer Produktion, soll sich ein konkreter und lebendiger Begriff von Literatur erge-



Walter Kempowski

ben können. Walter Kempowski erwartet sich von einer intensiven Beziehung zu Studenten (als beispielsweise künftigen Literaturlehrern) und Wissenschaftlern wichtige Anregungen zur eigenen Produktion und die Möglichkeit, Erfahrungen direkt zu vermitteln.

Ein weiterer Bereich der Zusammenarbeit ergibt sich über das Kempowski-Archiv, das Archiv für ungedruckte Biografien und das Bild-Archiv Walter Kempowskis. Hier soll ein erster Akzent auf der Biografie-Forschung liegen. Es ist angestrebt, den Ausbau und die Nutzung der Archive von seiten der Universität wissenschaftlich zu beraten. Der Fachbereich erhofft sich schließlich auch eine fruchtbare Ausein-

dersetzung mit pädagogischen Konzepten, wie sie der Lehrer Walter Kempowski entwickelt und erprobt hat.

Im Sommersemester 1980 wird Priv. Doz. Dr. Manfred Dierks mit einem Seminar in das Romanwerk Walter Kempowskis einführen, wobei speziell das Thema literarischer Biografie-Konstruktion bearbeitet werden soll.

Als Abschluß ist an ein mehrtägiges Blockseminar gedacht, das Walter Kempowski in seinem Haus in Nargen leiten würde. Dabei sollen die am Werk erarbeiteten Einsichten und Fragestellungen jetzt aus der Autorenperspektive weiter verfolgt werden.“

Die Ergebnisse

Konzil: Wahlbeteiligung: 8,9 %. RCDS 20 Stimmen / O Sitze, LHV 63/2 (Hürichs, Albers), SHB 190/7 (Pressler, Kleinschmidt, Gerdes, Brüning, Hoffmann, Sauter, Müller), MSB Spartakus 133/5 (Czarnecki, Suhr, Sanders, Träbing, Hammer).

Senat: Wahlbeteiligung: 8,94 %. RCDS 26 Stimmen/0 Sitze, Gewerkschaftlich orientierte (GO) Liste 363/2 (Eckard, Czarnecki).

Fachbereichsrat I: Wahlbeteiligung 8,82 %. RCDS 6 Stimmen/0 Sitze, GO-Liste 114/2 (Schrader, Hagedorn).

Fachbereichsrat II: Wahlbeteiligung 6,7 %. MSB Spartakus 18 Stimmen/1 Sitz (Asseln), RCDS 3/0, SHB 35/1 (Gedauski).

Fachbereich III: Wahlbeteiligung 10,62 %. Basisgruppe 51 Stimmen/0 Sitze, RCDS 4/0, GO-Liste 109/2 (Lange, Kreuzwieser).

Fachbereich IV: Wahlbeteiligung 8,6 %. GO-Liste 71 Stimmen/2 Sitze (Hartmann, Weber), RCDS 6/0.

Geringe Beteiligung der Studenten an den Gremienwahlen

Fast alle Sitze für SHB und MSB

Katastrophal war die Beteiligung der Studenten an den Wahlen zu den Kollegialorganen der Universität. Sie lag zwischen 6,7 Prozent im Fachbereich II und 10,62 Prozent im Fachbereich III. Die Studentenschaft muß ihre Gremienvertreter im Gegensatz zu den anderen Statusgruppen jährlich wählen.

Als eindeutige Sieger gingen der Sozialistische Hochschulbund (SHB) und der Marxistische Studentenbund (MSB) Spartakus aus den Wahlen hervor. Sie besetzten fast alle Sitze. Die beiden Gruppen kandidierten trotz erheblicher Differenzen in der letzten Zeit für einzelne Gremien gemeinsam auf „gewerkschaftlich

orientierten“ Listen. Der Ring christlich demokratischer Studenten (RCDS) blieb auf der Strecke. Er konnte in keinem Gremium - weder im Konzil und Senat, noch in den Fachbereichsräten - auch nur einen Sitz erlangen. Ebenso erging es der Basisgruppe, die allerdings nur für den Fachbereichsrat III kandidierte. Sie ging zum Erstaunen vieler leer aus. Der Liberale Hochschulverband, der sich nur um Sitze im Konzil bemühte, errang dagegen zwei Mandate.

Im Senat und in den Fachbereichsräten sind laut der Paritätenregelung im NHG jeweils zwei Studenten vertreten, im Konzil 14.



Gerhard Wachsmann Foto: NWZ

Ein Nachruf auf Gerhard Wachsmann

Am 9. Februar 1980 ist Gerhard Wachsmann, der Vorsitzende der Universitätsgesellschaft Oldenburg, nach schwerer Krankheit im Alter von 67 Jahren gestorben. Er war einer der bedeutendsten Förderer der Oldenburger Universität. Die plötzlich durchbrechende Krankheit hat alle Absichten in der Universität, die Verdienste dieses Mannes angemessen zu ehren, unerbittlich überholt.

Gerhard Wachsmann ist in Berlin geboren, und die wache Schlagfertigkeit, die man den Berlinern gern nachsagt, hat er nie verleugnet, auch als er längst ein hochachteter Repräsentant Oldenburger Belange war. Von 1954 bis 1977 gehörte er dem Vorstand der Bremer Landesbank und der Staatlichen Kreditanstalt Oldenburg-Bremen an; von 1966 bis 1978 war er Präsident der Oldenburgischen Industrie- und Handelskammer.

Verantwortungsbewußtsein, geistige Interessen und Tatkraft reichten bei Gerhard Wachsmann immer weit über den Kreis seiner wirtschaftlichen Funktionen hinaus. So hat er sich schon früh und intensiv mit der Hochschulentwicklung in Oldenburg befaßt. Er war Mitbegründer der Universitätsgesellschaft und gehörte ihrem Vorstand, zuletzt als Vorsitzender, ununterbrochen an. Seit der denkwürdigen Gründungsversammlung der Gesellschaft hat er besonnen und zäh den Kurs verfolgt, ein offenes Gespräch und eine konstruktive Zusammenarbeit

zwischen allen Gruppen und Kräften des Nordwestraumes und der Universität zu erreichen. Ohne seine Vertrauensarbeit und seine Integrationsfähigkeit wäre das breite Bündnis für den weiteren Ausbau unserer Universität kaum entstanden, zu dem sich trotz mancher Vorbehalte inzwischen fast alle wichtigen Repräsentanten, Institutionen und Organisationen unseres Raumes zusammengefunden haben.

Gerhard Wachsmann hat sich selbst gelegentlich einen Konservativen genannt. Er sagte das dann gewöhnlich mit einem provokanten Unterton, denn sein Konservatismus war auf die Zukunft gerichtet, gepaart mit der Helle des Verstandes und mit Gottvertrauen. Mit den dumpfen Feindseligkeiten, die der Universität manchmal entgegenschlagen, hatte seine von bewußter politischer Erfahrung und von Sorge um akademische Maßstäbe geleitete Kritik nichts gemein.

Über alle Enttäuschungen, Ärgernisse und echten Meinungsunterschiede hinweg wollte Gerhard Wachsmann die Universität Oldenburg als eine lebendig integrierte Korporation dieser Region und dieser Stadt sehen. Haben wir in der Universität es fertiggebracht, diese Offenheit des Angebots und des Anspruchs immer richtig aufzunehmen? - Gerhard Wachsmann wird der Universität sehr fehlen.

Wolfgang Schulenberg

Keine verbindliche Aussage Albrechts zum Jura-Studiengang

Ministerpräsident empfing Delegation aus Oldenburg in Hannover

Mit dem Hinweis, daß demnächst das Kabinett erneut über die Ausbaupläne für die Universität Oldenburg tagen wird, hat Ministerpräsident Ernst Albrecht am vergangenen Mittwoch eine verbindliche Aussage zur Einrichtung eines Jura-Studienganges vermieiden. Albrecht empfing eine Delegation aus Oldenburg mit Oberbürgermeister Hans Fleischer an der Spitze, der ihm eine Denkschrift zur Einrichtung eines Studienganges Rechtswissenschaften überreichte.

Die Denkschrift war innerhalb weniger Wochen von Vertretern der Stadt, der Universitätsgesellschaft, den Justizbehörden, Kammern und Verbänden in Zusammenarbeit mit der Universität erarbeitet worden.

Die Verfasser des Berichtes gehen dabei noch von der Erklärung der Landesregierung vor dem Niedersächsischen Landtag am 27. Juni 1979 aus, wonach die materielle Grundsatzentscheidung für einen rechtswissenschaftlichen Studiengang an der Universität Oldenburg bereits gefallen ist. Gleichzeitig hatte dazu die Landesregierung erklären lassen, daß vor einer förmlichen Genehmigung allerdings die Frage nach einem sinnvollen inhaltlichen Schwerpunkt der juristischen Ausbildung geklärt sein müsse. Bei ihren Beratungen legte die Arbeitsgruppe deshalb hierauf ihr Hauptgewicht.

Unter Berücksichtigung des an der Universität Oldenburg bereits vorhandenen Fächerspektrums, der Struktur des regionalen Arbeitsmarktangebotes sowie der allgemeinen anerkannten Defizite in der bisherigen Juristenausbildung schlägt sie in der jetzt veröffentlichten Denkschrift einen „öffentlich-rechtlichen und verwaltungswissenschaftlichen Schwerpunkt“ vor. Dabei geht sie davon aus, daß ein solcher Schwerpunkt ein zusätzliches Angebot zu den durch die Niedersächsische Ausbildungsordnung für Juristen vorgesehenen und an anderen Universitäten üblichem Spektrum an rechtswissenschaftlichen Fächern darstellt. In den anderen Fächern soll der Student genau so umfassend ausgebildet werden, wie in den bereits vorhandenen Jurastudiengängen. Darüber hinaus soll er jedoch die Möglichkeit erhalten, im Schwerpunkt Öffentliches Recht und Verwaltungswissenschaften spezifische Zusatzqualifikationen in einem Bereich zu erwerben, der von der gegenwärtigen Juristenausbildung vernachlässigt wird.

Die angehenden Juristen sollen damit zum einen auf Tätigkeitsfelder in Verwaltungsorganisationen inner- und außerhalb des öffentlichen Dienstes vorbereitet werden. Nach Auffassung der Arbeitsgruppe benötigen

aber auch Juristen in anderen Tätigkeitsfeldern zunehmend zusätzliche Qualifikationen im Öffentlichen Recht und in den Verwaltungswissenschaften. Deshalb sollen nach der jetzigen Planung die Studenten die Möglichkeit erhalten, Kenntnisse sowohl in übergreifenden Fächern wie Organisation, Information und Datenverarbeitung, Personalwesen, Öffentliches Haushalts- und Rechnungswesen usw. als auch in besonders wichtigen Praxisbereichen wie Sozialverwaltung/Sozialrecht, Wirtschaftsverwaltungsrecht, Planungsrecht, Umweltrecht und Steuerrecht zu erwerben.

Ausdrücklich empfiehlt die Arbeitsgruppe die Ausdehnung der bereits jetzt in der Niedersächsischen Ausbildungsordnung vorgesehenen Praktikumszeit von mindestens zwei auf sechs Monate.

In ihren Überlegungen zu einer angemessenen Größenordnung des rechtswissenschaftlichen Studienganges kommen die Autoren zu dem Schluß, daß die bisher zur Diskussion stehenden 600 Studienplätze al-

lein durch die zu erwartende Nachfrage aus dem Bezirk Weser-Ems zu rechtfertigen ist. Aufgrund der besonderen Altersstruktur der Bevölkerung dieser Region ist hier mit einem Ansteigen der Studienanfängerzahlen bis 1987 (jetzt im Bundesdurchschnitt nur bis 1986) zu rechnen. Selbst im Jahr 1995 muß immer noch mit mindestens 5000 Studienanfängern allein aus dem Bezirk Weser-Ems gerechnet werden. Bei einer Hochrechnung der derzeitigen Juristenquote unter den Anfängern ergibt sich nach Berechnungen von Planern nach Mitte der 90er Jahre eine jährliche regionale Nachfrage nach 350 rechtswissenschaftlichen Studienplätzen, was bedeutet, daß insgesamt 1700 Studienplätze zur Verfügung gestellt werden müßten. Insofern würden die für Oldenburg geplanten 600 Studienplätze nicht einmal ausreichen.

Daß es insgesamt in Niedersachsen an rechtswissenschaftlichen Studienplätzen fehlt, steht außer Frage. Niedersachsen bildet das Schlußlicht der Länder bei dem Anteil der juristischen Studienplätze im Verhältnis zur Bevölkerung. Im Bundesdurchschnitt liegt die Quote für Jura-Studienplätze bei 0,97 auf 1000 Einwohner, in Niedersachsen nur bei 0,49.

bm

Die Verantwortlichkeit liegt beim Fachbereich

... aber das Sagen hat der Projektleiter

Arbeitgeber von Personal, das zusätzlich für Drittmittelprojekte eingestellt wird, ist nicht mehr wie bisher der Drittmittelforscher. In Übereinstimmung mit dem Hochschulrahmengesetz legt § 35 Abs. 7 Satz 2 NHG fest, daß aus Drittmitteln bezahlte zusätzliche Mitarbeiter in den Landesdienst übernommen werden. Das bedeutet, daß die NGH-Kompetenzvorschriften für die Einstellung und Entlassung beispielsweise von wissenschaftlichen Mitarbeitern auch für das Drittmittelpersonal gelten.

Solange Drittmittelprojekte nicht ausgliedert werden, hat der Fachbereich formal erhebliche Aufgaben in diesem Bereich zu bewältigen. Der Fachbereichsrat muß die Einstellung und Entlassung vorschlagen, er muß die Aufgaben zuweisen, der Dekan ist Vorgesetzter.

Gleichwohl wird sich für die Mitarbeiter in Drittmittelprojekten im Ergebnis nicht viel an dem bisherigen Zustand ändern. Das NHG schreibt vor, daß das Recht auf Auswahl der Mitarbeiter durch die Leitung des Forschungsvorhabens unberührt bleibt. Der Fachbereichsrat ist weitgehend an die Vorschläge gebunden. Ähnliches gilt bei der Aufgabenzuteilung.

Im Ergebnis ist also festzuhalten, daß Forschungsleiter durch HRG und NHG zwar von der Verantwortung als Arbeitgeber befreit sind, gleichwohl aber ihre Vorstellungen mehr oder weniger voll durchsetzen können. Den Organen des Fachbereichs bleibt lediglich ein Erörterungs- und Informationsrecht, was nur zu einem bedingten Schutz des Drittmittelpersonals - eine langjährige Forderung im Rahmen der Debatte um die Hochschulreform - führen kann. hs

Schmude für Kooperation von Hochschulen und Gewerkschaften

„Die Aufgabe, Wissenschaft in den Dienst der Menschen zu stellen, gewinnt in dem Maße an Bedeutung, in dem der Einfluß der Wissenschaft auf unsere Lebensverhältnisse, insbesondere aber auf die Arbeitswelt zunimmt“, sagte der Bundesminister für Bildung und Wissenschaft, Jürgen Schmude, Anfang Februar in Bielefeld in einer Rede über „Arbeitsnehmerinteressen in Lehre und Forschung“, mit der er die Tagung „Arbeitnehmer und Hochschulforschung“ eröffnete. „Die Aufgeschlossenheit für diejenigen, deren Leben und Arbeit durch neue technologische Entwicklungen betroffen sind, sollte von der Wissenschaft als notwendiger Beitrag der Forschung zur Humanisierung des Arbeitslebens begriffen werden.“

Die Forderung nach Humanisierung dürfe nicht als aufgedrängte Behinderung des technischen Fortschritts verstanden werden. Sie sei notwendige Korrektiv der Entwicklung. Die Hochschulen müßten sich der Aufgabe doppelt stellen: in der Forschung und darüber hinaus in der Lehre, die „das notwendige Verständnis der Probleme und Pflichten der Forschung zu vermitteln“ habe. Bei der seit langem geforderten sozialen Öffnung der Hochschulen gehe es nicht nur um den Zugang, sondern auch um die Öffnung von Forschung und

Lehre für die Bedürfnisse und Interessen der arbeitenden Menschen.

„Die Ergebnisse der Wissenschaft, soweit sie in Wirtschaft und Kultur zur Anwendung gelangen, müssen immer auch darauf angelegt sein, die Würde des einzelnen Menschen zu erhalten und zu stärken.“ Damit sei das schwierige Problem einer Ethik der Wissenschaften angesprochen. Genetik, Kernforschung, Toxikologie, aber auch Mikroelektronik und neue elektronische Medien seien Beispiele für Wissenschaftsbereiche, die neben zahllosen Erleichterungen und Verbesserungen auch vermehrt Manipulationen ermöglichen. „Der Wissenschaft sollen keine dogmatisch fixierten Grenzen gesetzt sein. Wissenschaft braucht Freiheit, sich über Grenzen hinwegzusetzen und sich vor allem von platter Nützlichkeit freizumachen. Aber die Wissenschaft braucht ebenso notwendig Bindungen, die sie davor bewahren, sogenannte Sachzwänge zu schaffen, die die Abhängigkeit der Menschen vergrößern und den Entfaltungsräum der Individuen einschränken.“

Die Ausweitung des Dialogs zwischen den Hochschulen und den Arbeitnehmern, für den die Gewerkschaften stets offen gewesen seien, schaffe neue Chancen, aber auch neue Verantwortung.

Vier Broschüren zum Freizeitsport

Der Modellversuch Freizeitsport hat vier Publikationen veröffentlicht:

- Zur Theorie und Praxis von Körper- und Bewegungserziehung.
- Bewegungserziehung oder Körpertherapie? Über anthropologische und psychophysische Grundlagen einer künftigen Sportpädagogik.
- Entwicklung alternativen sportlichen Freizeitverhaltens. Materialien und Berichte einer Veranstaltung zum Thema „Sport und Kreativität“.
- PA TUAN CHIN „Bewegungs- und Atemübungen zur Stärkung der Gesundheit und zur Entwicklung der Bewußtheit“.

Von Schülern für Schüler

Ein Geschichtsbuch von Schülern für Schüler wurde während des schulpraktischen Unterrichtshalbjahres (3.StdA. Februar - Juli 1979) in Osterholz-Scharmbeck von 20 Schülern (1. Hauptsemester) und einem Lehrerstudenten erarbeitet. Die 1. Auflage (150 Exemplare) erschien im Juli 1979 und war schnell vergriffen. Die 2. Auflage (210 Exemplare) ist in diesem Monat erschienen und kann, wenn Interesse besteht, entweder beim ZpB oder bei John Junge, Katharinenstr. 15, 29 Oldenburg, Tel.: 12854 erstanden werden.

Versteigerung von Fundsachen

Am 26. Febr. werden in der Nichtrauchermensa um 14.30 Uhr Fundsachen, die von ihren Besitzern nicht abgeholt wurden, versteigert.

Ausschreibungen

Fachbereich I: Akademische Ratsstelle für „Organisationspsychologie“. Bewerbungsschluß: 14. März 1980.

Zentrale Studienberatung: In der psychosozialen Beratungsstelle ist ab 1.4. eine Hilfskraftstelle mit 12 Wochenstunden zu besetzen. Aufgaben: Organisatorische Unterstützung beim Aufbau der Beratungsstelle. Bewerbungsschluß: 10. März 1980.

In der Pressestelle ist eine BAT VI-b-Stelle vertretungsweise zu besetzen (vom 15.3. bis Ende Juni halbtags, anschließend 4 Monate ganztags). Aufgabenbereich: Allgemeine Verwaltungstätigkeit, Schreibmaschinentechnische sehr erwünscht.

ZETWA: Ab 1.4.1980 ist eine Stelle (10 Stunden/Woche, Vergütungsgruppe VII BAT) im Glas- und Chemikalienlager zu besetzen. Bewerbungen bis zum 29. Februar 1980 an die ZETWA.

Sprechzeitenänderung für Zimmervermittlung

Ab 1. April 1980 ändern sich die Sprechzeiten in der Zimmervermittlung und Wohnheimabteilung des Studentenwerkes Oldenburg, Lindenallee 2. Sprechstunden: Montag - Freitag 10.00-12.00 Uhr und Mittwoch 14.00-15.30 Uhr. Das Studentenwerk bittet um Beachtung der neuen Sprechzeiten.

Personalien • Personalien

Professor Dr. Menso Folkerts, Hochschullehrer im Fachbereich IV, wurde von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) zum Gutachter für das Fach „Geschichte der exakten Naturwissenschaften und der Technik“ ernannt.

Heinrich Schröder, seit kurzer Zeit Sachbearbeiter im Dez. 4, feiert Anfang März sein 25jähriges Dienstjubiläum in der Hochschule. Bis zum vergangenen Jahr war Schröder Hausmeister. In dieser Funktion verkörperte er den Anti-Typen zum auch in der Literatur häufig beschriebenen unfreundlich anmaßenden und „radfahrerischen“ Hausmeister.

Wolfgang Gotter, bisher Wissenschaftlicher Assistent im Fachbereich I, ist aus der Universität ausgeschieden und Leiter der Volkshochschule in Celle geworden.

Hilkerich Dorenbusch, Mitarbeiter in der ZETWA, ist erneut zum Vertrauensmann der Schwerbehinderten gewählt worden.

Dr. Klaus Jaekel, bisher Wissenschaftlicher Angestellter an der Universität, ist zum Akademischen Rat im Fachbereich IV für das Fachgebiet „Physik mit dem Schwerpunkt Infotek und Entwicklung von Lehr-einheiten“ ernannt worden.

Heinz Dieter Locher, bisher Wissenschaftlicher Angestellter im sogenannten NQ-Projekt, ist zum Akademischen Rat im Fachbereich III ernannt worden. Aufgabengebiet: „Soziologie mit dem Schwerpunkt Arbeit und Bildung“.

Inge Klann-Saß, Leiterin der Geschäftsstelle des Fachbereichs IV, wurde zur Regierungsoberinspektorin ernannt.

Andrzej Zdobych wurde als wissenschaftlicher Angestellter beim Forschungsvorhaben „Gehörschutz“ eingestellt.

Dr. Hans-Jochen Pade wurde als Wissenschaftlicher Angestellter im Fachbereich IV für das Aufgabengebiet „Theoretische Physik“ eingestellt. **Hubert Westkämper** arbeitet seit dem 1. Februar als Wissenschaftlicher Angestellter im Fachbereich IV mit dem Aufgabengebiet „Angewandte Physik“.

Peter Springer, bisher Verwalter der C3-Professur „Theorie und Geschichte der bildenden Künste“ im Fachbereich II, wurde jetzt zum Professor für diese Stelle ernannt.

Segelschein BR

Der Universitäts-Segel-Club Oldenburg e.V. (USCO) veranstaltet für seine Mitglieder einen Segelscheinkurs BR für das Küstenrevier. Nach den Bestimmungen des Deutschen Segler-Verbandes (DSV) muß der Bewerber im Besitz des A-Scheins sein. Zusätzlich kann auch der „Amtliche Sportbootführerschein“ erworben werden. Anmeldung und Informationen über Tel. 537. Beginn: 22. Februar 1980, 19 Uhr, VG 004.

Einführung in die Datenverarbeitung

Das Niedersächsische Landesverwaltungsamt in Hannover führt vom 5.5. bis 9.5.1980 einen Lehrgang „Einführung in die automatische Datenverarbeitung“ für Mitarbeiter des mittleren, gehobenen und höheren Dienstes ohne ADV-Vorkenntnisse durch. Das kommunale Modellrechnungszentrum Lüneburg bietet gleichartige Lehrgänge vom 21.4. bis 25.4., vom 5.5. bis 9.5. und vom 9.6. bis 13.6.1980 an. Anmeldungen müssen bis zum 29.2.1980 unter Einhaltung des Dienstweges an die Personalabteilung der Universität gerichtet werden.

Die Bausparkasse für Deutschlands öffentlichen Dienst ist das BHW!

Übersparen und Bauen darf das Leben nicht zu kurz kommen!

Wir machen Sie zum Hausbesitzer, ohne daß Sie auf Ihre geliebten Hobbys, Freizeitfreuden und Urlaubsspaß verzichten müssen.



BHW
Gemeinnützige Bausparkasse für den öffentlichen Dienst GmbH
3250 Hameln 1

Spedition Möbeltransport International DEUS
TEL. (0441) 71001

Anna Thye
Buchhandlung
Inh. Gottfried Sieler
Gegr. 1. 9. 1800
29 OLDENBURG
Schloßplatz 21 / 22
Postfach 4780
Ruf (04 41) 2 52 88

JEANS von Horten
Levis - Wrangler - Pionier - Lois - Settlor

Schreibmaschinen
neu und gebraucht, sowie diverse Büromaschinen mit Service und Garantie

- Manuelle Schreibmaschinen ab DM 85,-
- Elektrische Schreibmaschinen ab DM 185,-
- Kugelkopfschreibmaschinen ab DM 759,-

Weitere Büromaschinen auf Anfrage!!
EBS ERLBECK
Weddigenstraße 3 · 2900 OLDENBURG · Fernruf (04 41) 8 51 25
Verkauf Montag bis Freitag 17-18.30 Uhr oder nach Vereinbarung

Bücher sind ein unentbehrlicher Begleiter auf dem Weg durch Ihr Studium

In unserer wissenschaftlichen Abteilung finden Sie die für Sie notwendigen Bücher in großer Auswahl

B&G
1871 19/1
BUCHHANDLUNG
BÜLTMANN & GERRIETS
Lange Str. 57 · Ruf 2 66 01
Postfach 1 41

TABULA BUCHLADEN IM HERBARTGANG

HENCKUS

2 Stunden Samstagsarbeiten-Service
Fotokopien
Buchhandarbeiten
Zeitschriften
Berichte
Buchbinderei
jochen Henckus
Edevecher Landstraße 50
29 Oldenburg
Telefon 0441-50 2397

COPIERCENTER OLDENBURG
Ammerländer Heerstraße 88
Fernsprecher 04 41/7 55 50

Kopien auf Normalpapier DIN A4/A3 in Selbstbedienung
Kopierpreis je Stück 0,10 DM
ab 500 Kopien je Stück 0,09 DM
ab 1000 Kopien je Stück 0,08 DM

SCHNELLDRUCK-SERVICE DRUCK-CENTER
Schützenweg 4 · Ruf 04 41/7 55 50

zum Beispiel 1 Vorlage DIN A4
Auflage 20 Stück DM 2,50
Auflage 100 Stück DM 6,50
Auflage 500 Stück DM 23,50
Auflage 1000 Stück DM 38,00
Auflage 2000 Stück DM 68,00

SPANHAKE aktuell
in · basteln · basteln · basteln

Jeder braucht ein Hobby
Auch Du!

Bei uns findest Du die Auswahl, um Dir Dein ganz persönliches Hobby auszusuchen.
Wir bieten über Basteln, Modellbau bis zur Renovierung alles aus einer Hand!

oldenburg - lange str.

Grund- & bodensolide

ÖBS Immobilien GmbH
OLDENBURG · MARKET · RUF 0441/2371

Mit der OBS den Grundstein legen.

ÖBS Öffentliche Bausparkasse
OLDENBURG · BREMEN · WILHELMSHAVEN
Die Bausparkasse der Sparkassen mit Heimvorteil